

Fem I

Antragsteller*innen: UB Göttingen

Weiterleitung:

Angenommen Abgelehnt Überwiesen an:

1 **Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung**

2 Wir fordern die Einführung von Paritätsgesetzen auf Landes- und Bundesebene.

3 Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und die SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
4 gefordert, Gesetzesinitiativen für die Einführung Paritätsgesetzen auf den Weg zu brin-
5 gen. Hierbei muss die paritätische Aufstellung von Frauen und Männern auf den Landes-
6 listen für alle Parteien gesetzlich vorgeschrieben werden. Bei den Direktwahlen in den
7 Wahlkreisen ist das vorgeschlagene Tandemmodell einzuführen.

8 **Begründung:**

9 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir von einer gleichberechtigten
10 Teilhabe von Frauen in der Politik weit entfernt. Der Frauenanteil im Deutschen Bundes-
11 tag ist von zuletzt 36,6 Prozent auf heute 31 Prozent gesunken. Der Anteil der weiblichen
12 Abgeordneten im 18. Niedersächsischen Landtag ist auf 27,7 Prozent gesunken. Der
13 Frauenanteil vor der letzten Landtagswahl betrug noch 31,4 Prozent.

14 Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht erleben wir aktuell einen roll-back bei der Gleichstel-
15 lung von Frauen. Der Erfolg der AfD begünstigt eine Entwicklung, die unsere Parlamente
16 wieder zu frauenfeindlichen Arenen werden lässt. Die geringe Zahl von Parlamentarie-
17 rinnen zeigt, dass eine Reform des Wahlrechts notwendig ist, um bei der politischen Re-
18 präsentanz von Frauen auf die tatsächliche Gleichstellung hinzuwirken. Ohne eine Ände-
19 rung der Wahlgesetze geht es nicht.

20 Die SPD setzt sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den Par-
21 lamenten ein. Politik muss von Frauen und Männern in gleichem Maße gestaltet werden,
22 damit alle Blickwinkel für gesellschaftliche Themen berücksichtigt werden. Eine Ände-
23 rung der Wahlgesetze ermutigt und ermöglicht Frauen, sich in den politischen Diskurs
24 und Entscheidungsprozess produktiv einzumischen. Das Wissen und Können von Frau-
25 en, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, wird dringend gebraucht.

26 Die Quote fruchtet

27 Innerparteiliche Quoten bei den Listenaufstellungen, wie das Reißverschlussverfahren
28 bei der SPD, sind erfolgreich. So sind SPD 41,8 Prozent der SPD Bundestagsabgeordne-
29 ten Frauen, bei den Grünen sind es 58,2 Prozent und der Linken 53,6 Prozent. Bei den
30 konservativen und rechten Parteien wie der CDU/CSU-Fraktion, stellen die weiblichen
31 Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag hingegen nur 19,9 Prozent, bei der FDP 22,5
32 Prozent und der AfD sogar nur 10,8 Prozent.

33 Im Niedersächsischen Landtag beträgt der Frauenanteil bei den SPD-Abgeordneten 34,6
34 Prozent und bei den Grünen 50 Prozent, beide Parteien haben eine Quote. Bei der FDP
35 beträgt der Frauenanteil lediglich 27,3 Prozent, bei der CDU 18,0 Prozent und der AfD
36 11,1 Prozent.

37 Eine solche drastische Diskriminierung von Frauen in der Politik ist nicht mehr hin-
38 nehmbar. Sie muss durch Paritätsgesetze auf Landes- und Bundesebene behoben wer-
39 den. Die Erfolgsaussichten für entsprechende Mehrheiten sind gut. Neben den Grünen
40 und den Linken hat sich auch die CDU-Spitze für die Einführung eines Paritätsgesetzes
41 ausgesprochen. Das Bundesverfassungsgericht verlangt wegen der großen Zahl an
42 Überhang- und Ausgleichsmandaten eine Reform des Wahlrechts auf Bundesebene.

43 Nach dem Vorbild des Ende Januar verabschiedeten ersten paritätischen Wahlgesetzes
44 in Deutschland im Land Brandenburg sollten in Niedersachsen und im Bund durch die
45 SPD Wahlgesetze auf den Weg gebracht werden, die zur Aufstellung paritätischer Kandi-
46 dat*innenlisten – also abwechselnd Frau – Mann, verpflichten. Ein solches Gesetz rea-
47 giert damit auf einen demokratischen Missstand: 100 Jahre nach Einführung des Frau-
48 enwahlrechts, mit dem Frauen als hälftiger Teil des Volkes und Souveräns sichtbar wur-
49 den, fehlt es immer noch an ihrer gleichberechtigten demokratischen Teilhabe.

50 Parität bei den Direktwahlkreisen

51 Eine weitere Ursache für die Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten liegt im
52 Mehrheitswahlrecht mit den Direktwahlkreisen. Noch immer besetzen häufig die männ-
53 lichen Platzhirsche die Kandidaturen für aussichtsreiche Direktwahlkreise.

54 Die Göttinger SPD unterstützt den Vorschlag des Bundestagstagsvizepräsidenten
55 Thomas Oppermann, der die Einführung eines „Tandemmodells“ nach französischem
56 Vorbild vorschlägt. Danach werden zukünftig in den Direktwahlkreisen „Duos“ aus je-
57 weils einer Frau und einem Mann gewählt. Dieses in Frankreich erfolgreiche Verfahren
58 setzt jedoch eine Reduktion und Vergrößerung der Wahlkreise voraus.

59 Nach einem solchen Paritätsgesetz werden je zwei bisherige Bundestagswahlkreise zu-
60 sammengefasst und auf separaten Listen je eine Frau und ein Mann gewählt. Die bishe-
61 rige Zweitstimme auf den Landeslisten wird zur Drittstimme. Den Direktwahlkreis ge-
62 winnt die Frau mit den meisten Stimmen und der Mann mit den meisten Stimmen. Die-

63 se müssten nicht zwingend der gleichen Partei angehören. Und nicht jede Partei müsste
64 zwingend einen Mann und eine Frau pro Wahlkreis ins Rennen schicken.

65 Erst ein solches Paritätsgesetz mit einer verpflichtenden Frauenquote bei der Listenauf-
66 stellung und dem Tandemmodell im Direktwahlkreis sichert eine angemessene und pa-
67 ritätische Vertretung von Frauen in den Parlamenten.